

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
Eingetragen in die Postzeitungsliste

Besitzer u. verantwortl. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin O. 27, Schildergasse 6
Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei Paul Singer & Co., Berlin S.W. 63

Insertionspreis:
die sechsgehaltene Kolonnezeit 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig
Schluß für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Vom Arbeiteralter!

Nach den Behauptungen der Scharfmacher aller Farben und Richtungen soll Preußen-Deutschland das in der Sozialpolitik weit vorgeschrittenste Land auf der Erde sein! Es ist gewissermaßen ein Arbeiter-elorado! Wie es darin aber in Wirklichkeit aussieht, zeigen die Untersuchungen der preussischen Gewerbeinspektoren über das Alter der männlichen Arbeiter, welche sie im Jahre 1912 auf breiter Basis anstellten. Trotzdem die Arbeiter der Gewerbeinspektoren noch sehr unzulänglich sind, da sie viele wichtige Tatsachen unberücksichtigt lassen, zeigen sie doch mit erschreckender Klarheit, in welcher Weise der kapitalistische Betrieb den Proletariern den Lebensfaden beschneidet. Insbesondere läßt die Statistik die Lage der Arbeiter in der Großindustrie noch viel zu günstig, weil hier die außerordentlich starke Fluktuation, die meist bis zu 35 Proz. der Gesamtbelegschaft im Jahre beträgt, überhaupt nicht berücksichtigt wurde. Ferner wurden keine Untersuchungen über das Alter der Entlassenen gemacht. Hinzu kommt noch, daß gerade die Hüttenunternehmer besonders stark die Praxis einer durchaus planmäßigen Verjüngung ihrer Arbeiterkraft pflegen. Das alles sind natürlich Momente, die für die Arbeiter noch nach der ungünstigen Seite ins Gewicht fallen.

Aber auch ohne ihre Berücksichtigung stellt sich das Ergebnis noch schlimmer dar. Im allgemeinen sind in den verschiedenen Gewerbebezirken am stärksten vertreten die Altersklassen von 20-40 Jahren! In den meisten Inspektionsbezirken machen sie bis zu 70 und mehr Prozent der Gesamtbelegschaft aus! Besonders hoch ist der Anteil älterer Arbeiter in der Textilindustrie. Im Aufsichtsbezirke Aachen waren von den männlichen Textilarbeitern rund 42 Proz. über 40 Jahre alt. Dagegen standen nur 25 Proz. im Alter von 20-34 Jahren; Jugendliche unter 19 Jahren partizipieren mit 2 1/2 Proz.! Der Beamte meint, daß diese Erscheinung auf die wenig schwere Arbeit in den Fabriken der Textilindustrie zurückzuführen sei, die auch von älteren Leuten noch sehr gut verrichtet werden könne. Natürlich sind denn auch die Löhne hoch!

So ziemlich am kürzesten scheint die Lebensdauer der Buchdrucker zu sein. So waren im Bezirke Marienwerder nur 11,6 Proz. aller Buchdrucker über 40 Jahre alt in Hildesheim etwas mehr, 12,3 Proz.! In der Windener Tabakindustrie gehörten 14,8 Prozent aller Beschäftigten den Altersklassen von über 40 Jahren an, dagegen 37 Proz. der Gesamtbelegschaft denen von unter 20 Jahren!

Außerordentlich stark ist der Prozentatz Jugendlicher in der Glasindustrie. Im Arnberger Revier schloßen 31,3 Proz. aller in Glashüttenbetrieben tätigen männlichen Arbeiter noch keine 20 Jahre!

In der Großindustrie liegen naturgemäß die Dinge am schlimmsten. Hier werden die allerhöchsten Anforderungen an die physische und geistige Leistungsfähigkeit der Arbeiter gestellt. Das, in Verbindung mit der noch durchweg üblichen Zwölfstundenschicht und dem weit verbreiteten Ueberstundenumweien, macht die Arbeiter sehr bald alt und unbrauchbar. Zeigt doch der Düsseldorf-Beamte: „Zweifellos stellt ein großer Teil der in den Großbetrieben vorzunehmenden Arbeiten an die Körperkraft der Arbeiter so hohe Anforderungen, daß nur junge, in der Vollkraft der Jahre stehende Leute sie überhaupt und auch lange sie nicht für lange Dauer zu leisten vermögen. Ein erheblicher Prozentatz der Arbeiter ist daher schon aus diesem Grunde nach verhältnismäßig kurzer Zeit gezwungen, zu einer anderen, weniger anstrengenden Tätigkeit überzugehen!“ Nach der Meinung des Beamten sind die von den Großindustriellen aus Pflichtenbedingten „durch Fleiß und Sparsamkeit zu einem gewissen Wohlstand gelangt“, der ihnen ein sorgenloses Alter ohne Arbeit als Rentier ermöglichen soll. — Das ist net lach!

Für die Altersverhältnisse in der Großindustrie kommen in der Hauptsache die Bezirke Düsseldorf, Arnberg — für den rheinisch-westfälischen Aufsichtsbezirk — und Oppeln — für die Gebirge der

oberrheinischen Junker von Schlot und Esse — in Betracht. Insgesamt wurden 162 136 männliche Arbeiter von den Erhebungen erfaßt. Auf die einzelnen Altersklassen entfielen davon in Prozent:

im Bezirk	Auf die Altersklassen von					
	unter 16	16-20	über 20-30	über 30-35	über 35-40	über 40 J.
Düsseldorf	3,31	14,18	33,89	14,42	11,69	18,08
Arnberg	3,8	15,4	33,2	13,1	11,5	23,—
Oppeln	6,29	19,51	30,62	10,94	10,25	22,39

Es waren also im Bezirke Düsseldorf 81,92 Proz. aller in der Schwerindustrie Tätigen 40 Jahre und darunter alt, in Arnberg 77 Proz. und in Oppeln 77,61 Proz. Das ist in der Tat ein einfach wunderbares Ergebnis der preussischen Sozialpolitik. Die Hüttenarbeiter mögen sich dafür beim preussischen Landtage bedanken.

In den Betrieben der Mühlenindustrie gestalten sich die Altersverhältnisse der darin beschäftigten männlichen Arbeiter etwas günstiger. Für 4 Inspektionsbezirke wurden eingehendere Untersuchungen gemacht. Sie erstrecken sich auf insgesamt 2139 Arbeiter in 238 Betrieben. 27 hiervon sind Großbetriebe. An der Statistik sind beteiligt: Marienwerder mit 88 Betrieben und 523 Arbeitern, Posen mit 123 Betrieben und 666 Arbeitern, Breslau mit 15 Betrieben und 490 Arbeitern sowie Lüneburg mit 12 Betrieben und 460 Arbeitern. In den einzelnen Bezirken entfielen davon auf die Altersklassen in Prozent:

im Bezirk	Altersklassen von					
	16-20	21-30	31-40	41-50	51-60	über 60 J.
Marienwerd.	13,6	30,6	28,9	17,9	6,7	2,3
Posen	10,06	23,42	38,29	18,47	7,50	2,25
Breslau	3,3	25,5	35,3	22,—	11,2	2,7
Lüneburg	6,1	26,1	32,2	22,2	9,5	3,9

Bis zu 40 Jahren alt waren also von der Gesamtbelegschaft in Marienwerder 73,1 Proz., in Posen 71,77 Proz., in Breslau 64,1 Proz. und in Lüneburg 64,4 Proz.! Der größere Prozentatz älterer Leute in den Großbetrieben des Breslauer und Lüneburger Bezirkes rührt zum Teil daher, daß viele zu schwerer körperlicher Arbeit unfähige sich als Wärter usw. betätigen. Im allgemeinen sind auch in der Mühlenindustrie die Arbeiter mit 40 Jahren so ziemlich verbraucht. Das gibt auch der Beamte von Lüneburg zu, indem er schreibt: „Die Mühlenbetriebe ziehen wegen der Schwere der Arbeit meist kräftige Leute heran“, und ferner, daß die Hauptkrafte der Arbeiter im allgemeinen zwischen dem 16. und 45. Lebensjahre liege.

Ueber das Alter der in der Brauindustrie beschäftigten männlichen Arbeiter liegen aus 6 Inspektionsbezirken eingehende Angaben vor. Leider lassen sich nur 5 dieser Berichte zusammenfassen. Doch ist auch ohnedem sehr gut zu erkennen, daß den Brauereiarbeitern kein sehr hohes Arbeitsalter beschieden ist. So waren im Aufsichtsbezirke Stettin-Stralsund nur 15,6 Proz. aller in den 14 erfaßten Brauereien Tätigen über 50 Jahre alt! So hinteressant ist, was der Beamte dazu schreibt: „Besonderer Wert wurde auf die Feststellung der Verhältnisse in den Brauereien gelegt, um zu ermitteln, ob die Angaben über kurze Lebensdauer der Brauer, die sich in gewerbehygienischen Werken finden, für den hiesigen Bezirk, in dem sich viele große Brauereien befinden, zutreffen. Nach den Ermittlungen sind in diesen Betrieben ältere Arbeiter in normaler Zahl (15,6 Proz.) beschäftigt, doch befinden sich unter ihnen nur wenige Brauer, Bierabzieher und Bierfahrer. Die meisten sind als Pferdepfleger, Böttcher, Bodenarbeiter, Hofarbeiter, Schmiede, Geizer, Maschinenisten und Wächter beschäftigt.“ Mit anderen Worten heißt das: die Behauptung von der kurzen Lebensdauer der Brauer trifft durchaus zu! Daß auch die Brauereien im allgemeinen nicht lieben, Arbeiter über 40 Jahre einzustellen, geht daraus herab, daß von den 14 Großbrauereien im Stettin-Stralsunder Bezirke nach den Ermittlungen des Gewerbeinspektors nur 6 solche nicht nur ausnahmsweise einstellen! Die

übrigen stellen Bierzigjährige höchst selten oder überhaupt nicht mehr ein!

In der nächsten Uebersicht sind die Ergebnisse aus folgenden Inspektionsbezirken zusammengestellt: Gumbinnen-Mellen für 36 Brauereien und 672 Arbeiter, Marienwerder für 24 Brauereien und 465 Arbeiter, Berlin für 42 Brauereien und 5416 Beschäftigte, Breslau für 21 Betriebe und 1743 Beschäftigte sowie Magdeburg für 53 Betriebe und 1776 Arbeiter. In den einzelnen Bezirken verteilt sich die Arbeiterkraft so, daß auf die verschiedenen Altersgruppen fielen (in Prozent):

im Bezirk	Altersklassen von				
	bis zu 21	21-30	31-40	41-50	50 u. mehr J.
Gumbinnen					
Mellenstein	5,6	23,5	32,7	24,1	14,—
Marienwerd.	7,1	27,1	33,5	22,4	10,—
Berlin	1,4	19,4	39,—	27,5	13,—
Breslau	6,3	25,9	39,5	21,4	6,8
Magdeburg	7,3	22,6	33,2	21,9	14,8

Auf dem ersten Blick sieht diese Statistik für die Brauereiarbeiter nicht ungünstig aus. Aber sie täuscht. Man darf eben nicht vergessen, daß es sich hier nicht allein um bei der Produktion und beim Vertrieb des Bieres Beschäftigten handelt. Berücksichtigt man das, so werden die Altersverhältnisse der Brauereiarbeiter auch nicht viel besser sein als wie in der Großindustrie. Zudem geben in obiger Tabelle Orte den Ausschlag, in denen die Gewerkschaften schon kräftig Fuß gefaßt haben und über gehörigen Einfluß verfügen, um die Arbeiter vor der schonungslossten und willkürlichsten Ausbeutung und Entlassung zu schützen.

Fassen wir nunmehr die Ergebnisse der Altersenquete für die in der Brauerei- und Mühlenindustrie beschäftigten männlichen Arbeiter zusammen, so ergibt sich, daß sie in bezug auf die Altersverhältnisse zwar noch nicht ganz so schlimm gestellt sind, als wie die Arbeiter in der Montanindustrie, daß sie aber auf dem besten Wege d. u. sich befinden. Denn je eher sich die Verhältnisse in den für unsere Kollegen in Betracht kommenden Industrien den trübsartigen in den Eisen- und Stahlbetrieben nähern, um so schneller wird auch in ihnen das Durchschnittsalter der Beschäftigten sinken. Da die staatlichen Behörden hier vertragen, vor allem einen Maximalarbeitsstag von höchstens 8 Stunden einzuführen, liegt der einzige Schutz der Arbeiter gegen die lebensverkürzende kapitalistische Ausbeutungspraxis bei den Gewerkschaften. Sie zu stärken im eigenen Interesse, muß daher jedes Einseitigen dringendste Sorge sein!

Die heftige Gewerbeinspektion im Jahre 1912.

Der Groß. Preussischen Gewerbeinspektion unterstanden nach dem oben erschienenen Bericht der Gewerbeinspektoren für das abgelaufene Jahr 6892 Betriebe mit insgesamt 129 289 Arbeitern. Im Jahre 1911 waren revidierungspflichtig 6575 Betriebe mit zusammen 122 795 Beschäftigten. Die Zahl der in allen Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen erhöhte sich von 20 925 im Jahre 1911 auf 22 228 im Berichtsjahre, die der jugendlichen Arbeiter stieg von 2770 auf 2968. Sehr kräftig ging die Anzahl der in allen Betrieben beschäftigten „jungen Leute“ im Alter bis zu 16 Jahren herauf, nämlich von 11 822 auf 12 881 oder um fast 9 Prozent!

Die Nahrungsmittelindustrie ist an der Gesamtzahl mit 1261 Betrieben und 5375 Arbeitern beteiligt, während die Getreidemühlen mit 221 Betrieben und 618 Beschäftigten daran partizipieren.

Burden im Jahre 1911 revidiert 4730 Betriebe oder 71,9 Prozent der Gesamtzahl, erfaßte die Revision im letzten Jahre 5276 Anlagen oder rund 76,6 Prozent aller revidierungspflichtigen Betriebe! Es ist also eine verhältnismäßig starke Verbesserung in der Revision eingetreten. Auch die Prozentzahl der von ihr betroffenen Beschäftigten erhöhte sich etwas: sie stieg von 79,6 Prozent im Jahre 1911 auf 82,1 Prozent im Berichtsjahre. Diese etwas geringe Zunahme ist wohl darauf zurückzuführen, daß hauptsächlich auf die kleineren Betriebe die Zunahme der Inspektionen entfällt.

Von den Betrieben in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie wurden im vergangenen Jahre insgesamt 70,4 Prozent inspiziert, von ihrer Arbeiterschaft dagegen nur knapp 61,4 Prozent. Diese Zahlen bewegen sich weit unter dem allgemeinen Durchschnitt. Dieselbe Erscheinung kann man auch bei den übrigen deutschen Gewerbeinspektionen feststellen. Da, wo ihr Wirken tatsächlich etwas segensreich sein könnte, verjagen sie, ein Beweis für die überaus glänzende, erste Sozialpolitik in der Welt!

Auch die Getreidemöhlen kamen bei der Inspektion viel zu kurz, die bei ihnen noch um ein Erklärliches schlechter war als wie in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Von ihren Betrieben wurden nur rund 64 Prozent einer Inspektion unterzogen, von ihrer Gesamtarbeiterschaft sogar nur 58,7 Prozent. Wie in Preußen, werden auch in Hessen die Getreidemöhlen, in denen gerade die wirtschaftlichen und Arbeitsverhältnisse am meisten zu wünschen übrig lassen, als Stiefkinder behandelt. — Ueber die Brauindustrie fehlen zusammenfassende Uebersichten.

Erfreulicherweise scheinen die Verstöße gegen Bestimmungen für den Schutz von Arbeiterinnen in Hessen stetig zurückzugehen. Im Berichtsjahre wurden solche in 248 Anlagen festgestellt; im Jahre 1911 waren es noch 296 und 1910 sogar 436. Auch die Anzahl der erfolgten Bestrafungen hat sich vermindert und zwar auf 32 von 41 im Vorjahre und 46 im Jahre 1910. Drei Strafverfahren befinden sich noch in der Schwelbe.

Zum Teil mag der Rückgang der Verstöße gegen die Arbeiterin Schutzgesetze darauf zurückzuführen sein, daß die Behörden mit der Bewilligung von Ueberarbeitszeit sehr freigebig sind. So wurden im Jahre 1912 für 6195 Arbeiterinnen insgesamt 134 532 Ueberstunden an Wochentagen außer Sonntagen bewilligt, 1911 dagegen nur für 5963 Arbeiterinnen 111 991 Stunden! Die Steigerung der bewilligten Ueberstunden macht demnach 20,1 Prozent aus! Ueberstunden an Sonntagen gestatteten die Behörden für 77 Arbeiterinnen mit insgesamt 57 143 Stunden! Hier beträgt die Steigerung der Ueberstunden gegenüber dem Vorjahre sogar 28,5 Prozent! Daß bei solchem Entgegenkommen der Behörden die Unternehmer nicht notwendig haben, die Schutzbestimmungen zu übertreten und sich damit der Gefahr einer kleinen Bestrafung auszusetzen, leuchtet ein.

Von Jahr zu Jahr wächst auch die Liberalität der Aufsichtsbehörden in der Bewilligung von Sonntagarbeit. In 1910 wurde erst für 5296 Arbeiter eine Sonntagarbeit von insgesamt 43 692 Stunden gestattet, in 1911 schon für 8332 Arbeiter 63 655 Stunden und im Berichtsjahre endlich für 8628 Beschäftigte eine solche von 72 364 Stunden. Die Steigerung macht gegen 1910 rund 65,6 Prozent, gegen 1911 ungefähr 14 Prozent aus! Da braucht man sich wirklich kaum noch zu wundern, wenn günstige Statistiken erzielt werden!

Die Anzahl der Anlagen, in welchen Uebertretungen der zum Schutze Jugendlicher getroffenen Bestimmungen ermittelt werden konnten, ist von 737 im Jahre 1911 auf 709 gesunken. Die Anzahl der bestraften Personen erfährt eine Verminderung von 61 auf 39.

Ueber die Sonntagarbeit in den Brauereien schreibt der Beamte von Mainz: „Durch das wechselnde Wetter ist der Absatz von Flaschenbier ein unregelmäßiger, ganz besonders dann, wenn in die Woche noch ein Feiertag fällt. Es kommt dann erschwerend hinzu, daß in einer Woche an zwei Vorkendern von Sonn- und Feiertagen das Abfüllen um 5 Uhr eingestellt werden muß, da diese Arbeit hier fast ausschließlich von Arbeiterinnen vorgenommen wird. Es erhielten deshalb zwei Brauereien am 4 und 2 Sonntagen die Erlaubnis, je 5—6 Stunden Bier abfüllen zu lassen.“ — Ganz wurden 117 Arbeiterinnen an Sonn- und Feiertagen in Brauereien beschäftigt.

Ein Mühlenbesitzer wurde mit 25 Mk. bestraft, da er seinem Müller fortgesetzt die vorgeordnete Nachtruhe nicht gewährte!

Interessant ist, wie sich die Inspektoren zu den Arbeitern der gewerkschaftlichen Organisationen äußern. So schreibt der Beamte von Mainz: „Ende 1911 hat sich vor dem Gewerkschaftskartell zu Mainz ein Bildungsausschuß gebildet, dem einige der Belehrung und Unterhaltung dienende Veranstaltungen zu danken sind. So wurde ein Jugendvortrag und eine Vortragsreihe über Wirtschaft- und Finanzpolitik gehalten. Diese Vorträge waren durchschnittlich von 100 Teilnehmern besucht.“

Der Beamte von Darmstadt berichtet über eine unsterbliche Ausstellung des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Darmstadt. Das Wirken von Arbeiter-Konsumvereinen wurde rühmend hervorgehoben.

Ueber Tarifverträge in Brauereien berichtet der Beamte von Siegen: „Eine Brauerei in Lich, deren Tarifvertrag am 1. März 1912 abgelaufen war, hat einen neuen bis zum 30. April 1916 laufenden Tarifvertrag mit ihren Arbeitern abgeschlossen, der bezüglich der Lohnhöhe nicht unwesentliche Verbesserungen für die Arbeiter gebracht hat und auch die Arbeitszeit durch Gewährung einer halbstündigen Ruhepause, die früher bei gleicher Arbeitsdauer nicht bestand, kürzt. Die Sonntagarbeit, die früher nur,

wenn sie länger als 3 Stunden dauerte, mit 50 Pf. pro Stunde extra vergütet wurde, wird nunmehr bis zu 2 Stunden mit 50 Pf. pro Stunde, für jede weitere Stunde mit 60 Pf. pro Stunde bezahlt.“ Die gleiche Brauerei gibt ihren Arbeitern nach 1jähriger Tätigkeit 1, nach 2jähriger Tätigkeit 2, nach 3jähriger Tätigkeit 3 Arbeitstage Urlaub unter Fortzahlung des vollen Lohnes.

Obwohl den Beamten verwehrt ist, eigene Urteile zu fällen, Vorschläge zur Abhilfe von Mißständen zu machen, hört man aus ihren Berichten sehr wohl heraus, daß sie die Tätigkeit der Gewerkschaften recht gut zu schätzen wissen. An den Kollegen liegt es, durch eifrige Tätigkeit den Verband und damit ihre eigene Stellung gegenüber den Unternehmern zu verbessern. Zum die staatlichen Behörden nicht genügendes zu ihrem Schutze, so müssen sie eben selbst dafür sorgen!

Eine soziologische Begründung der Sozialpolitik.

I.

Im Jahre 1901 stellte ein Jenaer Komitee die Frage: „Was können wir aus der Entwicklungslehre lernen für die politische und soziale Gestaltung der Völker?“ Für die beste Beantwortung dieser Frage war ein Preis von 30 000 Mk. ausgesetzt. Die zuerst eingereichten Arbeiten waren unbefriedigend. Erst 1909 wurde der Preis verteilt, und zwar für eine raffentheoretische Abhandlung und verschiedene Spezialarbeiten, die im Verlag von G. Fischer, Jena, erschienen sind. Der Preis war einmal ausgeschrieben und er wurde auch verteilt, und zwar faute de mieux (weil nichts Besseres vorhanden war), an die Verfasser der genannten Werke. Den vollen Preis hatte allein Rudolf Goldscheid verdient mit seiner Arbeit: „Entwicklungslehre, Entwicklungsökonomie, Menschenökonomie“ (1908 erschienen). Auf diese Arbeit ließ Goldscheid im Jahre 1911 eine andere folgen („Sphärenentwicklung und Menschenökonomie, Grundlegung der Soziologie“, Verlag W. Klinkhardt, Leipzig), die so viel neue Gesichtspunkte enthält, daß es sich verlohnt, etwas näher darauf einzugehen.

Bekanntlich hatte der Engländer Malthus ein Bevölkerungsgesetz aufgestellt, nach dem die Bevölkerung die Tendenz habe, sich über ihre Unterhaltsmittel hinaus zu vermehren. Seine Behauptungen stützte er auf Beobachtungen, die er an den nordamerikanischen Kolonien machte. Dort war noch un bebauter Boden vorhanden und die Bevölkerung konnte sich ungehemmt vermehren. Er rechnete aus, daß sich die Bevölkerung etwa 150 Jahre lang alle 25 Jahre verdoppelt habe. Daraus folgerte er, daß sich die Bevölkerung in dem Verhältnis von 1 zu 2, 4, 8, 16, 32, 64, 128, 256 usw. vermehre, also in geometrischer Progression wachse. Diesem Wachstum aber entspreche die Vermehrung der zum Leben notwendigen Bodenerzeugnisse keineswegs. Durch Verbesserung des Ackerbodens und der Kultivierung des noch freien und un bebauten Landes könne höchstens eine Vermehrung der Bodenerzeugnisse in dem Verhältnis wie 1 zu 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 usw. erzielt werden (Vermehrung in arithmetischer Progression).

Notwendigerweise muß aus diesem Mißverhältnis eine Ueberbevölkerung eintreten. Mit anderen Worten: Die Unterhaltsmittel reichen nicht für die vorhandene Bevölkerung aus, wenn keine Maßnahmen gegen die Vermehrung der Bevölkerung getroffen werden. Soweit die Natur nicht selber für eine Verminderung der Bevölkerung Sorge (Kriege, Seuchen usw.), müßten vorbeugende Vorkehrungen, wie Enthaltung von der Ehe, Enthaltung in der Kinderzeugung, getroffen werden (man verwechsle die Forderungen von Malthus nicht mit denen, die auf Verhütung der Schwängerung hinauslaufen). Er verlangte, daß die Heiraten in späterem Lebensalter erfolgen sollten. Ueberhaupt war er der Meinung, man könne den vermeintlichen Mißstand mit Moralisation aus der Welt schaffen.

Neben Kantisch und anderen sozialistischen Schriftstellern haben sich eine Reihe bürgerlicher Kritiker mit der Widerlegung der Malthusischen Lehren befaßt (sogar Fr. List, dann Dühring, Spencer und neuerdings Franz Oppenheimer). Während diese Kritiker mehr mit den Waffen der Nationalökonomie fechteten (das Gesetz des abnehmenden Bodenertrages und anderes widerlegen), kommt Goldscheid mit den Waffen der Soziologie. Er findet scharfe Worte zur Bekämpfung des Malthusianismus. „Sucht man deshalb heute auf Malthusischer Grundlage die Menschen mit dem Ueberbevölkerungsgepenst hänge zu machen, so treibt man statt Demographie (Volks-, Staatskunde) und Demologie (Bevölkerungslehre) die erbärmlichste Demagogie, und von wahrhaft wissenschaftlicher Haltung kann angesichts der realen Naturkatastrophen bei diesem Bestreben nicht gesprochen werden. Es ist ja auch nichts lächerlicher und widriger in unserer an Lächerlichkeit und Widrigkeiten nur allzu reichen Zeit als der Malthusianische Eiertanz, der in der Nationalökonomie der Gegenwart zum Gaudium der privilegierten Klassen noch immer aufgeführt wird.“ In allen Ländern, wo die Zuwachsraten der Bevölkerung eine hohe sei, weiße man stets vor allem darauf hin, daß sämtliches Land eine

Folge des unerbittlichen Naturgesetzes der Disharmonie zwischen Menschenvermehrung und Nahrungsmittel sei, und bezüglich aller jener Länder, wo die Bevölkerung nur in äußerst langsamem Tempo oder überhaupt nicht zunehme, da spreche man wieder von den furchtbaren Gefahren der Degeneration, die das Faktum der abnehmenden Geburtenziffer offenbar zum Ausdruck bringe. Wie wenig man aber an das von Malthusischer Rückständigkeit entdeckte Bevölkerungsgegesetz praktisch glaube, beweise nichts deutlicher als die Tatsache, daß man selbst dort, wo man die zu rasche Bevölkerungsmehrung für die Ursache alles Elends hinstelle, doch über nichts ängstlicher wache, als daß diese Vermehrung ein langsameres Tempo einschlage.

Aus der Lehre von Malthus folgt, daß der Kampf ums Dasein seinen Ursprung in der Ueberbevölkerung hat. Darwin, der sich auf Malthus stützte, lehrte, daß jede Art die Tendenz habe, sich über den ganzen Erdball zu verbreiten und daß darum ein Kampf der Organismen um den begrenzten Nahrungsspielraum notwendig eintreten müßte. Nicht interessant und lehrreich wendet sich unser Verfasser gegen diese Argumentationen, etwa in der Weise: Die verschiedenen Arten erfordern verschiedene Existenzbedingungen, diese sind auf einem Gebiet vorhanden, auf einem anderen nicht. Schon deshalb ist es mehr als bedenklich, zu erklären, jede Art würde sich, wenn der Konkurrenzkampf der Individuen nicht hindernd eingriffe, über den ganzen Erdball ausbreiten. „Es kann gar keine Naturbedingungen geben, die es einer Art gestatten würden, alle anderen zu verdrängen. Nur bei höchster Mannigfaltigkeit der Lebewesen vermag die Erde das Minimum von Organismen hervorzubringen. Jede Art steht jeweils ganz bestimmten Ausbreitungsvoraussetzungen gegenüber. Je mehr sich diese erweitern, desto größer sei auch die Tendenz zur Differenzierung nach den verschiedensten Richtungen, wie alle Mannigfaltigkeit der Charaktere ja auch aus der Vermehrung der Individuen über ein immer größeres, immer verschiedenartigteres Territorium erwachse, aus der Besonderheit der Individualisierung, die durch das Milieu bedingt sei.“

Die Malthusischen Anschauungen mögen zu seiner Zeit noch einigermaßen plausibel erschienen sein. Inzwischen hat sich aber in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Beziehung vieles geändert. Ich erinnere nur an das Land des Zweiteinstufigsystems (Frankreich) und an die Lehren Liebig's (Düngung und bessere Bodenbearbeitung). Wir wissen heute, daß die Reproduktionsleistung nachläßt, „ja beinahe zur Erschöpfung hinneigt, selbst wenn die Nahrungsmittel in genügender Fülle vorhanden sind“. Die neuere Biologie (Lehre vom Leben) weist darauf hin, daß zu reichliche Nahrung und die dadurch eintretende Neigung zur Fettbildung die Fruchtbarkeit ganz wesentlich beeinträchtigt, so daß also sehr leicht der Fall eintreten könne, daß gerade bei zu reichlichem Vorhandensein der Nahrungsmittel statt Ueberbevölkerung Unterbevölkerung eintrete. Die moderne Biologie, besonders die Mikrobiologie (Lehre von den Bedingungen der kleinsten Lebewesen) und die Biochemie (Lehre vom Stoffwechsel im lebenden Körper) hat hier noch volle Klarheit zu schaffen. Zu einem Satz von fundamentaler Bedeutung kommt der Verfasser, nachdem er darauf aufmerksam gemacht hatte, daß Malthus nur im ersten Kapitel seines Werkes Beweise für seine Behauptungen zu geben gesucht habe, im übrigen nur Daten, aber keine Beweismittel beigebracht habe, nämlich zu dem: Sicher ist jedenfalls, daß wir einstweilen Entvölkerungstendenzen weniger gewappnet gegenüberstünden, als der so sehr gefürchteten Ueberbevölkerungsgefahr. Nach übereinstimmenden Aussagen erster Autoritäten sind wir in der Lage, die Nahrungsmittelproduktion weitaus über die bestehende Bevölkerungszahl der Erde hinaus zu steigern. Diese Steigerung verdanken wir vor allem unserer besseren Einsicht in das Wesen und die funktionelle Abhängigkeit der Naturkräfte.

Denen, die immer von Ueberfluß an Menschen reden, schreibt der Verfasser der Menschenökonomie recht beherzigenswerte Worte ins Stammbuch: Solange nun aber nicht unveränderliche organische Tatsachen, sondern veränderliche technische die Ursache der Differenz zwischen Bevölkerungsmehrung und Nahrungsmittelzuwachs sind, solange ist es direkt unsinnig, die sozialen Uebel durch Ueberfluß an Menschen erklären zu wollen. Ueberfluß an Menschen sei gleich Ueberfluß an Arbeitskräften. Da jeder Mensch auch Konsument, nicht nur Produzent sei, so behauptet man, daß der Mensch gleichsam eine unrentable Maschine sei, die mehr konsumiert, als sie zu produzieren vermag. Dieser Nachweis fehlt aber: daß der Verbrauch den Ertrag übersteigt. Nur wenn dies zutreffen würde, dann hätte es einen Sinn, die sozialen Uebel als eine Folge des Ueberflusses hinzustellen.

Wie es sehr häufig bei anderen Dingen geschieht: so wird bei der Frage der Ueberbevölkerung generalisiert. Lokale und temporäre Ueberbevölkerungen, Bevölkerungstaumungen können überall und aus vielen Ursachen in die Erscheinung treten. Als allgemeingültiges, überall wirksames Prinzip muß sie aber nicht gelten. In unserer Zeit, wo es Nahrungsmittel in Fülle und Fülle gibt, ist es ganz und gar verfehlt, auf

die Vereinbarkeit der Nährstellen hinzuweisen. Das Problem ist nicht in der Uebersättigung, sondern in der Regelung der Arbeitsorganisation zu sehen. Durch nationale oder internationale Organisation kann dafür gesorgt werden, daß die unproduktiven Lebensjahre der einzelnen Personen durch die soziale Produktionsleistung gedeckt werden können.

Heute ist das Verhältnis sicher so, daß die Arbeitsökonomie entscheidet, ob die Menschenvermehrung rascher vor sich geht, als ihre Unterhaltsmittel vermehrbar sind. Na wir können weitergehen und sagen, es ist zwar keineswegs ein Naturgesetz, daß die Zunahme der Substanzmittel hinter der Bevölkerungsvermehrung notwendig zurückbleiben muß, es ist aber die Grundtendenz der heutigen, bloß rentabilistisch orientierten und betriebenen Wirtschaft: gleichzeitig die Vermehrung der Menschen anzustacheln, sogar mit den allerniedrigsten Mitteln, und der Substanzmittel zu unterbinden. Wie man die Sache auch dreht und wendet mag, in der Gegenwart vermehren sich die Nahrungsmittel mehr als die Bevölkerung.

Ebenso wird das wahre Wesen der Ueberproduktion verkannt. Ueberproduktion ist nicht etwa ein Zeichen von besonderer Stärke, sondern sehr häufig von Schwäche und Unzulänglichkeit. Auf einer je tieferen Stufe ein Produktionsprozeß steht, desto mehr ist er auf Ueberproduktion angewiesen. Je gelangener die einzelnen Erzeugnisse und je genauer das Verhältnis von Produktion und Konsumtion geregelt ist, in desto höherem Maße wird die Ueberproduktion, als Voraussetzung der Leistungsfähigkeit und Funktionssicherheit, entbehrlich. Allerdings, eine gewisse Ueberproduktion wird stets erforderlich sein, schon unersetzlicher Zwischenfälle wegen; auch das Optimum der Funktion erfordert eine Ueberproduktion in bestimmtem Umfang. Aber alles dies darf uns nicht darüber hinweg täuschen, daß überall im planbewußten Schaffen, erst durch Verringerung der Ueberproduktion, durch ökonomischere Ausgleitung als jene es ist, die durchwegs beim blinden Naturwirken vor sich geht, die größten Errungenschaften erzielt worden sind.

Die neue Heeresvorlage und ihre Deckung.

II.

Die Welt würde aufatmen, wenn dem verhängnisvollen Wettrüsten ein Ende bereitet würde. Die Reibungen unter den Staaten würden gemildert, die ewigen Kriegsgefahren verjagt und Milliarden von Steuergroschen, die heute für kulturwidrige, unproduktive Zwecke verwendet werden, könnten für soziale und kulturelle Zwecke nutzbar gemacht werden. Im ganzen Deutschen Reich — und in den meisten anderen Staaten Europas ebenso — herrschen noch tieftraurige Zustände im Volksschulwesen, deren Beilegung Geld kostet.

Die unheilvollen Wohnungsverhältnisse in Stadt und Land sind in den letzten Jahren in wachsendem Maße Gegenstand der Debatten in den Parlamenten gewesen, zu durchgreifenden Taten ist man nirgends gekommen, weil die finanziellen Mittel dafür nicht zur Verfügung standen. Die Arbeiterversicherung leidet unter den schwersten Mängeln, die Opfer des Schlachtfeldes der Arbeit und ihre Familien sind immer noch großen Entbehrungen ausgesetzt, jeder Versuch einer Besserung aber stößt auf den Hinweis, daß kein Geld dafür da sei. Der Säuglingsstich, der Kampf gegen die Tuberkulose wird auf Schritt und Tritt gehemmt, weil die Kosten für radikale, erfolgversprechende Maßnahmen unerträglich scheinen. An die Lösung all dieser und vieler anderer großer Aufgaben könnte herangetreten werden, wenn nur ein Teil der Summen hierfür Verwendung fände, die heute für Verschaffung und Verbesserung von Lötungs- und Zerstörungsmitteln ausgegeben werden.

Wären die Regierungen sich dieser großen sittlichen Pflichten bewußt, so hätte nichts unversucht gelassen werden dürfen, um eine Verständigung unter den Großstaaten herbeizuführen. Ein solcher Versuch ist aber nicht gemacht worden. Vielmehr ist die deutsche Regierung sehr reich dem Rüstungsfanatismus unterlegen. Sie trat mit ihrer Riesen-Heeresvorlage an die Öffentlichkeit und wirkte damit natürlich nicht beruhigend, sondern aufregend. Viel mehr als durch den Balkanrieg ist durch den deutschen Rüstungsstau mel die Ruhe der Großstaaten gestört worden. Frankreich folgte, als die deutschen Rüstungspläne bekannt wurden, sofort nach mit dem Gesetzesentwurf auf Wieder Einführung der dreijährigen Dienstzeit, die erst vor acht Jahren durch die zweijährige ersetzt worden ist. Da die französische Bevölkerung die nötige Zahl wehrfähiger junger Männer nicht zu erzeugen vermag, sucht die Regierung die Stärkung ihrer Waffenmacht durch verlängerte Einjährigernennung der Ausgehobenen zu erreichen. Rußland, das schon bisher ein Heer in fast der doppelten Stärke wie das deutsche hatte, wird mit weiteren Vermehrungen nicht lange auf sich warten lassen. Sein großes Menschenreservoir wird sobald nicht erschöpft sein und die Gelder für die Heeresvermehrung preßt es mit brutalen Mitteln aus dem gefnechteten Volke heraus. Trotz des guten deutsch-englischen Verhältnisses sind auch neue Waffenrüstungen in Deutschland und England in nahe Aussicht zu nehmen.

Der vernünftige Mensch, der sich noch ein gesundes, vom Nordspatriotismus unbeeinflusstes Urteil über die Dinge, die um ihn herum vor sich gehen, bewahrt hat, faßt sich an den Kopf und sagt sich: In welcher Welt leben wir eigentlich? Wohin soll das führen? Wie könnte Menschenglück und Menschenarbeitsgepflegt und gehoben werden, wenn die mächtigsten Errungenschaften des Entdecker- und Erfindergeistes nur der Förderung des Allgemeinwohls zugute kämen. Heute aber heftet zunächst der kapitalistische Unternehmer alle technischen Fortschritte zu seinem Privatvorteil aus, und unter den Faktoren des öffentlichen Lebens, die die Verbesserungen der Technik und Wissenschaft für sich ausnützen, steht in vorderster Reihe der auf die Zerstörung abzielende Militarismus. Geht das noch einige Jahrzehnte so weiter, so erstickt die „Kultur“ menschheit in Waffen. Brichi aber eines Tages ein Krieg aus, so sind die Folgen nicht auszudenken. Rehn bis zwölf Millionen mit den modernsten Kriegswerkzeugen ausgerüstete Männer könnten gegeneinander ins Feld geführt werden. Hunderttausende würden ihr Leben und ihre Gesundheit einbüßen. Der Vater, der Bruder, der Sohn und damit der Ernährer würde zahllosen Familien entzogen werden, und selbst für ein siegendes Volk wäre namenloses soziales Elend damit verbunden. Industrie, Handel und Verkehr würden auf lange Zeit lahmgelegt, Absatzmärkte würden auf kürzere oder längere Zeit gesperrt, und lange Jahre der Unspannung aller Kräfte würde es bedürfen, um die Wunden aller Art zu heilen, die allen beteiligten Staaten, am schlimmsten natürlich den unterliegenden, zerschlagen würden. Sollen und dürfen denkende Völker sich derartigen Gefahren entgegenführen lassen? Dürfen sie das, obwohl sie wissen, daß nicht das Allgemeininteresse, sondern nur der Profit kleiner Schichten von dieser unheilvolleren Entwicklung Vorteil hat? Sie dürfen es nicht. Sie sind es sich selbst ihrer Würde, ihrer Zukunft, dem Wohl der kommenden Geschlechter schuldig, die Verminderung der Waffenrüstung, die Sicherung des Friedens, die Erfüllung der Kulturaufgaben zu fordern.

Die letzten Wochen haben mit erschreckender Deutlichkeit den Beweis dafür geliefert, daß die Gewinnsucht der großen Lieferanten der Heeresverwaltung die Haupttriebfeder des Wettrüstens bildet. Die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik sucht durch bezahlte Agenten falsche Nachrichten in die französische Presse zu bringen, wodurch die deutsche Regierung zu vernichteten Rüstungsausparungen gezwungen werden soll, die der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik neue Riesenaufträge einbringen. Beamte der Firma Krupp heischen mit Kruppischem Gelde Beamte der Heeresverwaltung, um Geheimakten über Lieferungsanträge in die Hände zu bekommen. Nicht nur daß das Volksvermögen in skrupelloser Weise zur Bereicherung einer Handvoll Industriekönige verkleinert wird, auch der Frieden, alle Menschheitskultur wird aufs gefährlichste bedroht durch die Sucht der Lieferanten nach immer neuen gewinnbringenden Bestellungen. Dieselben Waffenlieferanten, die die Franzosen und Russen, die Türken und Chinesen bis an die Zähne ausrüsten, lassen durch eine gefügige Presse „im Namen des Vaterlandes“ immer wieder neue Rüstungsforderungen geltend machen zur Wahrung der Ehre Deutschlands.

Dieser Zustand wäre zum Verzweifeln, wenn nicht die Volksmassen ständig zunehmen würden, die tiefer in dieses Treiben hineinklicken und mit Absicht dagegen erfüllt werden. Den Kern dieser Massen bildet die moderne Arbeiterbewegung. Unter den politischen Parteien steht allerdings die sozialdemokratische Arbeiterpartei allein als entschlossene Gegnerin diesem Rüstungsaberwitz gegenüber. Doch regt sich auch außerhalb ihrer Reihen die gesunde Vernunft. In der Schweiz sind eine Anzahl Vertreter aller Parteien zu einem Komitee zusammengetreten und haben auf Mitte Mai eine internationale Konferenz von Parlamentariern nach Bern einberufen, die Mittel und Wege suchen soll zu einer Verständigung der Nationen und zur Ablehnung von Wege des ewigen Wettrüstens. Die Arbeitererschaft der verschiedenen Länder wird auf dieser Konferenz stark vertreten sein. Zu wünschen wäre, daß auch bürgerliche Politiker, die an den Pulver-, Gewehr- und Kanonendividenden nicht interessiert sind, in stattlicher Zahl sich einfinden möchten. Man darf allerdings auf diese Tagung keine übertriebenen Hoffnungen setzen. Seit sie nur die Richtung an, in der künftig weiter gearbeitet werden kann, so leistet sie schon ein gut Stück Arbeit.

Ein zweites, was zu geschehen hat, ist: alle Kräfte anspannen, damit die Kosten aller weiteren Rüstungsanstrengungen den besitzenden Kreisen aufgebürdet werden. Zu diesem Zweck wird die Arbeitervertretung im Reichstag all ihr Gewicht in die Waagschale zu werfen haben. Wie die Dinge zurzeit liegen, ist auf die Ablehnung der Heeresvorlage trotz des zähen Widerstandes der Arbeitererschaft noch nicht zu rechnen. Dann muß zum mindesten verhütet werden, daß wiederum der Arbeitererschaft die Milliardenlasten auferlegt werden. Ganz so ungeniert wie in früheren Jahren hat die Regierung diesmal nicht mit Massenkonzumenten aufzuwarten sich getraut. Die neuen einmaligen Ausgaben sollen durch den sogenannten Verbrauchsbeitrag erbehalten werden. Die Vermögen von 10 000 Mk. an aufwärts sollen mit 1/2 Prozent, Einkommen mit mehr

als 50 000 Mk. pro Jahr mit 2 Prozent ohne Rücksicht auf das Vermögen betroffen werden. Es wird notwendig sein, diese Abgabe nach oben hinauf noch zu verschärfen, damit für die Zukunft den einflußreichen Kreisen des großen Besitzes die Lust vergeht, immer aufs neue auf die Rüstungssteigerung hinzuwirken. Die fortbauenden Ausgaben sollen durch erhöhte Reichsbeiträge der Einzelstaaten, die durch Vermögens-, Einkommens- oder Erbschaftssteuern aufzubringen sind, ferner durch Beibehaltung der Quatersteuer (die nach früheren Reichstagsbeschlüssen aufgehoben werden sollte), durch Beibehaltung des Grundstückssteuereinzugs und durch Einführung des Erbrechts des Staates für Hinterlassenschaften, bei denen keine oder nur entfernt verwandte Erben in Betracht kommen, gedeckt werden. Auch bezüglich dieser dauernden Ausgaben ermächtigt der Arbeitervertretung die Pflicht, mit Energie und Geschick für eine wirksame Reichsbeiträge zu kämpfen. Die Anhänger jener törichten Auffassung, daß die dem Militarismus feindliche Vertretung der Arbeiter jede Steuer, also auch eine Besitzsteuer, die zur Deckung der vermehrten Rüstungskosten dient, abzulehnen habe, sind erfreulicherweise ganz selten geworden. Beispielsweise die Mehrheit des Reichstages gegen den Friedenwillen der Arbeiterklasse die Heeresvermehrung, so erwartet die Arbeiterschaft von den Arbeitervertretern, daß sie für die größtmögliche steuerliche Schonung der minderbemittelten Volksmassen sorgen. Die gegenteilige Ansicht, daß man in diesem Falle der rüstungslustigen Mehrheit allein die Beschlußfassung über die Kostendeckung zu überlassen habe, ist niemand willkommen als denen, die den Besitz schonen wollen. Das wäre ungefähr so, als wenn die Vertreter der Arbeiter, wenn ihre Forderung des Achtstundentags abgelehnt wird, an jeder weiteren Debatte über die Arbeitszeit und den Arbeiterstand im allgemeinen die Beteiligung ablehnen wollten. In der Konsequenz würde das auf den Verzicht auf alle parlamentarische Kleinarbeit und schließlich sogar auf die Nichtbeteiligung am Parlament hinauslaufen.

Das Interesse der Arbeiterklasse erfordert es, jede, auch die kleinste Konzession, die dem Gegner abgerungen werden kann, in Sicherheit zu bringen. Je mehr sich die Kammer als Vertreter des Großgrundbesitzes und die Industriekönige gegen eine gerechte Besitzsteuer sträuben, um so nachdrücklicher hat die Arbeiterklasse für deren Verantwortung zu kämpfen. Gewiß, die Belastung des Besitzes mit einer einmaligen Abgabe von einer Milliarde und mit einer dauernden Steuer von 200 Millionen würde indirekt auch die Arbeiterklasse zu spüren bekommen. Diese Lasten schmeiden, auch wenn sie von Besitz getragen werden müssen, tief in die wirtschaftlichen Verhältnisse ein und die Kapitalisten werden sich nach Möglichkeit an den Arbeitern wieder schadlos zu halten suchen. Es ist aber kein Zweifel, daß die Arbeiterklasse noch viel empfindlicher getroffen würde, wenn nach dem Wunsch der Parteien der Rechten wiederum der Verbrauch der Besitzlosen mit Steuern ähnlicher Art belastet würde, wie sie durch die Finanzreform des Schnapsbrotts eingeführt wurden.

Die Stellung und Aufgabe der Arbeitererschaft in diesen Kämpfen ergibt sich also mit aller Klarheit: Beförderung der Rüstungsabwägung, Pflege der friedlichen Beziehungen, die von der französischen, englischen, russischen Arbeitererschaft nicht minder nachdrücklich gewünscht werden, wie von der deutschen; Freimachung der Ursummen, die der Unkultur dienen, für Zwecke der Volkswohlthat; Abwälzung der unabwehrbaren Mehrlasten auf die Schultern des Besitzes, damit dieser kuriert werde von seinem Heißhunger nach neuen Rüstungen zu Wasser und zu Lande. In diesem Sinne hat sich die Parlamentsvertretung der deutschen Arbeitererschaft bisher betätigt, sie wird auch künftig ihre Schuldigkeit tun.

Bericht der Generalkommission für das Jahr 1912.

I.

Allgemeines.

Die ständig wachsende Macht der Gewerkschaften veranlaßt die Scharmacher im Unternehmerlager, immer wilder nach Ausnahmegesetzen gegen die Gewerkschaften zu rufen. Der Glaube an die eigene Kraft scheint im organisierten Unternehmertum mehr und mehr zu schwinden. Man hatte gehofft, durch umfassende Anwendung der Ausperrungsmaßregel jeden Lohnkampf zu einem für die Unternehmer günstigen Ergebnis führen und den Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen brechen zu können. Daß dieses Ziel nie erreicht werden wird, lehrt der Ausgang aller größeren Lohnkämpfe der letzten Jahre. Im Berichtsjahre gelangten die bereits im Jahre 1911 begonnenen Kämpfe im Stein- und Zementgewerbe und in der Tabakindustrie zum Abschluß. Trotz der verhängenen Ausperrungen mußten die Unternehmer sich zu einem für die Arbeiter durchaus ehrenvollen Friedensschluß bequemen und die verhassten Gewerkschaften anerkennen. Zu größeren Ausperrungen kam es in der Porzellanindustrie, im Schneidergewerbe und in der Metallindustrie. Die Kämpfe in der Porzellan- und Metallindustrie wurden durch direkte Verständigung zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen beendet; der Kampf im

Von den Betrieben in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie wurden im vergangenen Jahre insgesamt 70,4 Prozent inspiziert, von ihrer Arbeiterzahl dagegen nur knapp 61,4 Prozent. Diese Zahlen bewegen sich weit unter dem allgemeinen Durchschnitt. Dieselbe Erscheinung kann man auch bei den übrigen deutschen Gewerkeinspektoren feststellen. Da, wo ihr Wirken tatsächlich etwas Gegenständliches sein könnte, versagen sie, ein Beweis für die überaus glänzende, erste Sozialpolitik in der Welt!

Auch die Getreidemühlen kamen bei der Inspektion viel zu kurz, die bei ihnen noch um ein Erfüllliches schlechter war als wie in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Von ihren Betrieben wurden nur rund 64 Prozent einer Inspektion unterzogen, von ihrer Gesamtarbeiterzahl sogar nur 58,7 Prozent. Wie in Preußen, werden auch in Hessen die Getreidemühlen in denen gerade die wirtschaftlichen und Arbeitsverhältnisse am meisten zu wünschen übrig lassen, als Stiefkinder behandelt. — Ueber die Brauindustrie fehlten zusammenfassende Uebersichten.

Erfreulicherweise scheinen die Verläufe gegen Bestimmungen für den Schutz von Arbeiterinnen in Hessen stetig zurückzugehen. Im Berichtsjahre wurden solche in 248 Anlagen festgestellt; im Jahre 1911 waren es noch 296 und 1910 sogar 436. Auch die Anzahl der erfolgten Bestrafungen hat sich vermindert und zwar auf 32 von 41 im Vorjahre und 46 im Jahre 1910. Drei Strafverfahren befinden sich noch in der Schwebe.

Zum Teil mag der Rückgang der Verstöße gegen die Arbeiterchutzgesetze darauf zurückzuführen sein, daß die Behörden mit der Bewilligung von Ueberschreitungsschein sehr freigebig sind. So wurden im Jahre 1912 für 6195 Arbeiterinnen insgesamt 134 532 Ueberstunden an Sonntagen außer Sonnabend bewilligt, 1911 dagegen nur für 5963 Arbeiterinnen 111 991 Stunden! Die Steigerung der bewilligten Ueberstunden macht demnach 20,1 Prozent aus! Ueberstunden an Sonnabenden gestatteten die Behörden für 77 Arbeiterinnen mit insgesamt 57 143 Stunden! Hier beträgt die Steigerung der Ueberstunden gegenüber dem Vorjahre sogar 26,5 Prozent! Daß bei solchem Entgegenkommen der Behörden die Unternehmer nicht notwendig haben, die Schutzbestimmungen unterläßt zu übertreten und sich damit der Gefahr einer kleinen Bestrafung auszusetzen, leuchtet ein.

Von Jahr zu Jahr wächst auch die Liberalität der Aufsichtsbehörden in der Bewilligung von Sonntagarbeit. In 1910 wurde erst für 5296 Arbeiter eine Sonntagarbeit von insgesamt 43 632 Stunden gestattet, in 1911 schon für 8332 Arbeiter 63 655 Stunden und im Berichtsjahre endlich für 8628 Beschäftigte eine solche von 72 564 Stunden. Die Steigerung macht gegen 1910 rund 65,6 Prozent, gegen 1911 ungefähr 14 Prozent aus! Da braucht man sich wirklich kaum noch zu wundern, wenn günstige Statistiken erzielt werden!

Die Anzahl der Anlagen, in welchen Uebertretungen der zum Schutze jugendlicher getroffenen Bestimmungen ermittelt werden konnten, ist von 737 im Jahre 1911 auf 709 gesunken. Die Anzahl der bestraften Personen erlitt eine Verminderung von 61 auf 39.

Ueber die Sonntagarbeit in den Brauereien schreibt der Beamte von Mainz: „Durch das wechselnde Wetter ist der Absatz von Flaschenbier ein unregelmäßiger, ganz besonders dann, wenn in die Woche noch ein Feiertag fällt. Es kommt dann erschwerend hinzu, daß in einer Woche an zwei Vorabenden von Sonn- und Festtagen das Abfüllen um 3 Uhr eingestellt werden muß, da die Arbeit hier fast ausschließlich von Arbeiterinnen vorgenommen wird. Es erhielten deshalb zwei Brauereien an 1 und 2 Sonntagen die Erlaubnis, je 5—6 Stunden Bier abfüllen zu lassen.“ — Im ganzen wurden 117 Arbeiterinnen an Sonn- und Festtagen in Brauereien beschäftigt.

Ein Mühlenbesitzer wurde mit 25 Mk. bestraft, da er seinem Müller fortgesetzt die vorgeschriebene Nachruhe nicht gewährte!

Interessant ist, wie sich die Maßnahmen zu den Arbeiten der gewerkschaftlichen Organisationen äußern. So schreibt der Beamte von Mainz: „Ende 1911 hat sich vor dem Generalkonferenzartikel zu Mainz ein Bildungsausschuß gebildet, dem einige der Belehrung und Unterhaltung dienende Veranstaltungen zu danken sind. So wurde ein Jugendvortrag und eine Vortragsreihe über Wirtschaft- und Finanzpolitik gehalten. Diese Vorträge waren durchschnittlich von 100 Teilnehmern besucht.“

Der Beamte von Darmstadt berichtet über eine muntere Tätigkeit des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Darmstadt. Das Wirken von Arbeiter-Kammern wurde rühmend hervorgehoben. —

Ueber Tarifverträge in Brauereien berichtet der Beamte von Gießen: „Einer Brauerei in Wiesbaden, deren Tarifvertrag am 1. März 1912 abgelaufen war, hat einen neuen für den 30. April 1916 laufenden Tarifvertrag mit ihren Arbeitern abgeschlossen, der bezüglich der Lohnhöhe nicht unwesentliche Verbesserungen für die Arbeiter gebracht hat und auch die Arbeitszeit durch Gewährung einer halbtägigen bezahlten Ruhepause, die früher bei gleicher Arbeitsdauer nicht bestand, ändert. Die Sonntagarbeit, die früher nur,

wenn sie länger als 3 Stunden dauerte, mit 50 Mk. pro Stunde extra vergütet wurde, wird nunmehr bis zu 3 Stunden mit 50 Mk. pro Stunde, für jede weitere Stunde mit 60 Mk. pro Stunde bezahlt.“ Die gleiche Brauerei gibt ihren Arbeitern nach 14jähriger Tätigkeit 1. nach 2jähriger Tätigkeit 2. nach 5jähriger Tätigkeit 3 Arbeitstage Urlaub unter Fortzahlung des vollen Lohnes.

Obwohl den Beamten sehr ist, eigene Beiträge zu stellen, Vorschlüge zur Abhilfe von Mängeln zu machen, hört man aus ihren Berichten sehr wohl heraus, daß sie die Tätigkeit der Gewerkschaften recht gut zu schätzen wissen. In den Kollegen liegt es, durch stetige Tätigkeit den Verband und damit ihre eigene Stellung gegenüber den Unternehmern zu verbessern. Von den staatlichen Behörden nicht genügendes zu ihrem Schutze, so müssen sie eben selbst dafür sorgen!

Eine soziologische Begründung der Sozialpolitik.

1.

Im Jahre 1961 stellte ein Genauer Komitee die Frage: „Was können wir aus der Entwicklungslehre lernen für die politische und soziale Gestaltung der Völker?“ Für die beste Antwortung dieser Frage war ein Preis von 30 000 Mk. ausgesetzt. Die zuerst eingereichten Arbeiten waren unbefriedigend. Erst 1909 wurde der Preis verteilt, und zwar für eine rastentheoretische Abhandlung und verschiedene Spezialarbeiten, die im Verlag von G. Fischer, Jena, erschienen sind. Der Preis war einmal ausgeschrieben und er wurde auch verteilt, und zwar taute de mieux (weil nichts Besseres vorhanden war), an die Verfasser der genannten Werke. Den vollen Preis hätte allein Rudolf Goldscheid verdient mit seiner Arbeit: „Entwicklungstheorie, Entwicklungsökonomie, Menschenökonomie“ (1908 erschienen). Auf diese Arbeit ließ Goldscheid im Jahre 1911 eine andere folgen („Höherentwicklung und Menschenökonomie, Grundlegung der Soziologie“, Verlag W. Klunhardt, Leipzig), die so viel neue Gesichtspunkte enthält, daß es sich lohnt, etwas näher darauf einzugehen.

Besonders hat der Engländer Malthus ein Bevölkerungsgezet aufgestellt, nach dem die Bevölkerung die Tendenz habe, sich über ihre Unterhaltungsmittel hinaus zu vermehren. Seine Behauptungen stützte er auf Beobachtungen, die er an den nord-amerikanischen Kolonien machte. Dort war noch un bebauter Boden vorhanden und die Bevölkerung konnte sich ungehemmt vermehren. Er rechnete aus, daß sich die Bevölkerung etwa 150 Jahre lang alle 25 Jahre verdoppelt habe. Daraus folgerte er, daß sich die Bevölkerung in dem Verhältnis von 1 zu 2, 4, 8, 16, 32, 64, 128, 256 usw. vermehre, also in geometrischer Progression wachse. Diejenem Wachstum aber entsprechende die Vermehrung der zum Leben notwendigen Bodenzerzeugnisse keineswegs. Durch Verbesserung des Kulturbodens und der Kulturierung des noch freien und unbebauten Landes könne höchstens eine Vermehrung der Bodenzerzeugnisse in dem Verhältnis wie 1 zu 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 usw. erzielt werden (Vermehrung in arithmetischer Progression).

Notwendigerweise muß aus diesem Mithverhältnis eine Uebernöpfung eintreten. Mit anderen Worten: Die Unterhaltungsmittel reichen nicht für die vorhandene Bevölkerung aus, wenn keine Maßnahmen gegen die Vermehrung der Bevölkerung getroffen werden. Sowie die Natur nicht selber für eine Verminderung der Bevölkerung Sorge (Kriege, Seuchen usw.), müßten vorbeugende Vorkehrungen, wie Enthaltung von der Ehe, Enthaltung in der Kinderzeugung, getroffen werden (man verwechsle die Forderungen von Malthus nicht mit denen, die auf Verhütung der Schwängerung hinauslaufen). Er verlangte, daß die Heiraten in späterem Lebensalter erfolgen sollten. Ueberhaupt war er der Meinung, man könne den vermeintlichen Mithzustand mit Moralisation aus der Welt schaffen.

Neben Kant sich und anderen sozialistischen Schriftstellern haben sich eine Reihe bürgerlicher Kritiker mit der Widerlegung der Malthusischen Lehren befaßt (schon Fr. List, dann Dühring, Spencer und neuerdings Franz Oppenheimer). Während diese Kritiker mehr mit den Waffen der Nationalökonomie rechteten (das Gezet des abnehmenden Bodenwertes und anderes widerlegen), kommt Goldscheid mit den Waffen der Soziologie. Er findet scharfe Worte zur Bekämpfung des Malthusianismus. „Sucht man deshalb heute auf Malthusischer Grundlage die Menschen mit dem Uebernöpfungsgespenst hänge zu machen, so treibt man fast Demographie (Volks- und Staatskunde) und Demologie (Bevölkerungslehre) die erbärmlichste Demagogie, und von wahrhaft wissenschaftlicher Haltung kann angesichts der realen Naturverhältnisse bei diesem Streben nicht gesprochen werden. Es ist ja auch nichts Lächerlicher und Widriger in unserer an Lächerlichkeiten und Widersprüchen nur allzu reichen Zeit als der Malthusianische Eiertanz, der in der Nationalökonomie der Gegenwart zum Gaudium der privilegierten Klassen noch immer aufgeführt wird.“ In allen Ländern, wo die Zuwachsrare der Bevölkerung eine hohe sei, weiß man nichts von einem darauf hin, daß sämtliches Elend eine

Folge des unerbittlichen Naturgesetzes der Diktonomie zwischen Menschenvermehrung und Nahrungsmitteln sei, und bezüglich aller jener Länder, wo die Bevölkerung nur in langsamem Tempo oder überhaupt nicht zunehme, da spreche man wieder von den furchtbaren Gefahren der Degeneration, die da zum Zustand der abnehmenden Geburtenziffer offenbar zum Ausdruck bringe. Wie wenig man aber an der von Malthusischer Rückständigkeit entdeckte Bevölkerungsgezet praktisch glaube, beweise nichts deutlicher als die Tatsache, daß man selbst dort, wo man die zu rasche Bevölkerungsmehrung für die Ursache aller Elends Ursachen, doch über nichts Angstlicher wache, als daß diese Vermehrung ein langsames Tempo ein schlägt.

Aus der Lehre von Malthus folgt, daß der Kampf ums Dasein seinen Ursprung in der Ueberbevölkerung hat. Darin, der sich auf Malthus stützt, lehrt, daß jede Art die Tendenz habe, sich über den ganzen Erdball zu verbreiten und daß darum ein Kampf der Organismen um den begrenzten Nahrungsspielraum notwendig eintreten müßte. Reduziert und lehrreich werden sich unter Verlass gegen diese Argumentationen, etwa in der Weise: Die verschiedenen Arten erfordern verschiedene Existenzbedingungen, diese sind auf einem Gebiet vorhanden auf einem anderen nicht. Schon deshalb ist es mehr als hebenswert, zu erklären, jede Art würde sich, wenn der Konkurrenzkampf der Individuen nicht hindern eingriffe, über den ganzen Erdball ausbreiten. Es kann gar keine Naturbedingungen geben, die es einer Art gestatten würden, alle anderen zu verdrängen. Nur bei höchster Mannigfaltigkeit der Lebewesen vermag die Erde das Minimum von Organismen heranzubringen. Jede Art steht jeweils ganz bestimmte Ausbreitungsbedingungen gegenüber. Je mehr sich diese erweitern, desto größer sei auch die Tendenz zur Differenzierung nach den verschiedensten Nischen, wie alle Mannigfaltigkeit der Charaktere sich aus der Vermehrung der Individuen über ein immer größeres, immer verschiedengestaltigeres Territorium erwachse, aus der Besonderheit der Individuallieferung, die durch das Milieu bedingt sei.

Die Malthusischen Anschauungen mögen zu jener Zeit noch einigermaßen plausibel erschienen sein. Zwischen hat sich aber in wirtschaftlicher und geistlicher Hinsicht vieles geändert. Ich erinnere nur an das Land des Zweifelschreitens (Frankreich) und an die Lehren Liebig's (Düngung und bessere Bodenbearbeitung). Wir wissen heute, daß die Produktionsleistung nachläßt, „ja beinahe zur Erschöpfung hinneigt, selbst wenn die Nahrungsmittel in genügender Fülle vorhanden sind“. Die neuere Biologie (Lehre vom Leben) weist darauf hin, daß zu reichliche Nahrung und die dadurch eintretende Neigung zur Fortbildung die Fruchtbarkeit ganz wesentlich heinträchtigt, so daß also sehr leicht der Fall eintreten könne, daß gerade bei zu reichlicher Vorhandensein der Nahrungsmittel statt Ueberbevölkerung Unterbevölkerung eintrete. Die moderne Biologie besonders die Mikrobiologie (Lehre von den Bedingungen der kleinsten Lebewesen) und die Biochemie (Lehre vom Stoffwechsel im lebenden Körper) hat hier noch volle Klarheit zu schaffen. Zu einem Satz von fundamentaler Bedeutung kommt der Verfasser nachdem er darauf aufmerksam gemacht hatte, daß Malthus nur im ersten Kapitel seines Werkes Malthusweise für seine Behauptungen zu geben gesucht habe, im übrigen nur Daten, aber keine Beweismittel beibracht habe, nämlich zu dem: Sicher ist jedenfalls, daß wir einweiligen Entvölkerungstendenzen weniger gewahrt gegenüberstünden, als der so sehr gefährdeten Ueberbevölkerung. Nach übereinstimmenden Aussagen erster Autoritäten sind wir in der Lage, die Nahrungsmittelproduktion weit aus über die bestehende Bevölkerungszahl der Erde hinaus zu steigern. Diese Steigerung verdanken wir vor allem unserer besseren Einsicht in das Wesen und die funktionelle Abhängigkeit der Naturkräfte.

Denen, die immer von Ueberfluß an Menschen reden, schreibt der Verfasser der Menschenökonomie recht beherzigenswerte Worte ins Stammbuch: So lange nun aber nicht unveränderliche organische Ursachen, sondern veränderliche technische die Ursache der Differenz zwischen Bevölkerungsmehrung und Nahrungsmittelzuwachs sind, solange ist es direkt unmöglich, die sozialen Uebel durch Ueberfluß an Menschen erklären zu wollen. Ueberfluß an Menschen sei gleich Ueberfluß an Arbeitskräften. Da jeder Mensch auf Konsument, nicht nur Produzent sei, so behauptet man, daß der Mensch gleichsam eine unrentable Maschine sei, die mehr konsumiert, als sie zu produzieren vermag. Dieser Nachweis fehlt aber: daß der Verbrauch den Ertrag übersteigt. Nur wenn dies zutreffen würde, dann hätte es einen Sinn, die sozialen Uebel als eine Folge des Ueberflusses hinzustellen.

Wie es sehr häufig bei anderen Dingen geschieht, so wird bei der Frage der Ueberbevölkerung geneigt, lokale und temporäre Ueberbevölkerungen, Ueberbevölkerungsstimmungen können überall und aus riesigen Urdämonen in die Erscheinung treten. Als allgemeines gültiges, überall wirksames Prinzip muß sie abgelehnt werden. In unserer Zeit, wo es Nahrungsmittel Fülle und Fülle gibt, ist es ganz und gar verfehlt, an

Schneidergewerbe durch Schiedspruch. In allen Fällen haben die Unternehmer nicht unerhebliche Zugewinne erzielt, die Arbeiter machen müssen.

Der bedeutsame Kampf des Vorjahres war der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier, der infolge des in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung einzig dastehenden unerhörten Verrats der christlichen Gewerkschaften und des zügellosen Terrorismus, der in dem von der Polizei und Militär überfluteten Streikgebiet gegen die Streikenden ausgeübt wurde, über einwöchiger Dauer erfolglos abgebrochen werden mußte. In einem gemeinsamen Antrag erhoben Generalkommission und Parteivorstand öffentlichen Protest gegen das Verhalten der Regierung, die gerade in der kritischen Zeit wieder einmal in so klarer Weise gezeigt habe, wie sehr sie von dem Willen getragen sei, den Wünschen der Scharfmacher nachzukommen. In die Arbeiter im ganzen Reich wurde das Ergehen gerichtet, sich dem Protest anzuschließen. Unterstützt von den christlichen Gewerkschaftsführern leistete eine mehrfache Hege gegen die freien Gewerkschaften ein. Die unter dem Terrorismus wirtschaftlicher und öffentlicher Gewalten leidenden gewerkschaftlichen Organisationen wurden des Terrorismus gegen Arbeitswillige beschuldigt, zu deren Schutz man verächtliche Strafbestimmungen, insbesondere ein gesetzliches Verbot des Streikpönalismus verlangte. Dem Einfluß der Unternehmer gelang es, die gesetzgebenden Körperschaften mehrerer Bundesstaaten mobil zu machen, so daß in Hamburg, Sachsen und Preußen von den Parlamenten an die Reichsregierung die Aufforderung gerichtet wurde, die Strafbestimmungen gegen die Gewerkschaften zu verschärfen.

Die Durchführung solcher Abwärtsschritte dürfte allerdings im Reichstage zunächst auf einige Schwierigkeiten stoßen. Ein konservativer Antrag, der ein gesetzliches Verbot des Streikpönalismus forderte, wurde vom Reichstage mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch die Reichsregierung erklärte sich dagegen, aber nur, weil sie sich von ausnahmsmäßigen Maßregeln nichts verspricht und den gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignete Aktionen gegen die Gewerkschaften nicht für geeignet hält. Sie erklärt, mit der scharferen Anwendung der bestehenden Gesetze einzuwirken ankommen zu können und will erst bei der Neuordnung unseres Strafrechts im neuen Strafgesetzbuch den entscheidenden Schlag gegen das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter führen. Wie wenig die Reichsregierung geneigt ist, das Koalitionsrecht zu schützen und wie sehr man bestrebt ist, es durch juristische Luntenteile fortzueschmälern, bezeugen die Verhandlungen des Reichstages über das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter vom 10. und 11. Dezember vorigen Jahres. Der Staatssekretär des Reichsamt des Innern, Dr. Dellbrück, verweigert sich dabei zu der ungeheuerlichen Behauptung, jeder Arbeitgeber habe das Recht, durch Privatvertrag seinen Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechts zu verbieten oder auch ganz zu verbieten. Ein solcher Vertrag sei nicht gesetzwidrig und durchaus zulässig. Der Staatssekretär mußte sich von dem sozialdemokratischen Redner darüber belehren lassen, daß seine koalitionsrechtliche Auffassung unhaltbar sei und daß bei der Fertigstellung des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausdrücklich vom Koalitionsrecht und Regierung festgesetzt worden ist, daß ein Vertrag, durch welchen jemand die Koalitionsfreiheit beschränkt wird, als gegen die guten Sitten verstoßend anzusehen und deshalb nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nichtig sei.

Die Folgen der gegen die Gewerkschaften betriebenen Hege und der Stellungnahme der Regierung, die unerschrocken eine idiosynkratische Anwendung der bestehenden Gesetze gegen die ihr Koalitionsrecht ausübenden Arbeiter forderte, zeigen sich im ganzen Lande. Zehntausender Gerichte werden für ein paar beleidigende Worte, wenn sie gegenüber einem Streikbrecher gefallen sind, geradezu barbarische Strafen verbürgt. Das Vereinsgesetz wird nur zu oft in schändlicher Weise gehandhabt. Immer häufiger herrschen die treibhahnen Staatsanwälte, die Gewerkschaften zu politischen Vereinen zu stampeln. Die antisozialistischen Gewerkschaften, die Kriegervereine, die Arbeitsorganisationen usw., die alle in viel verschiedener Weise zu politischen Tagesfragen Stellung nehmen und offen den Kampf für bestimmte politische Parteien führen, läßt man dagegen ungesühnt. Wie sehr in Deutschland mit zweierlei Maß gemessen wird, geht auch aus dem Verhalten der Aufsichtsbehörden und der Gerichte gegen die Innungen hervor. Zahlreiche Innungen sind dazu übergegangen, ihre Mitglieder zu verbieten, Tarifverträge abzuschließen, und zwar unter Androhung einer Strafe von 30 Mk. für jeden Tag, an dem der Tarifvertrag unterschrieben wird. Andere Innungen bestrafen diejenigen ihrer Mitglieder, die sich weigern, dem Bescheid der Innungsmembernorganisation gemäß ihre Absicht anzukündigen. Das ist solches terrorstümliches Benehmen gegen § 153 der Gewerbeordnung verstoßen, unzweifelhaft keinem Zweifel. Trotz mehrfacher Strafgewalt hat sich bisher aber noch kein Staatsanwalt gefunden, der gegen diese Gesetzesverletzung eingeklagt hätte.

So forciert unsere Gegner mit anerkennenswerten Mitteln weiter, immer von neuem den Beweis zu liefern, daß wir in einem Klassenstaate leben und die von der

Verfassung gewährleistete Rechtsgleichheit in Wirklichkeit der Arbeiterklasse gegenüber nicht vorhanden ist.

Der neue Reichstag hat bisher auf sozialpolitischen Gebiet nichts geleistet, wenn man von den überaus zahlreichen Resolutionen zum Etat absteht. Solche Resolutionen sind von allen Parteien in großer Zahl eingebracht und vom Reichstage angenommen worden. Es ist ja so leicht, für eine Resolution zu stimmen, durch welche die Regierung aufgefordert wird, dies oder jenes Gesetz zuumit der Arbeiter und Angestellten vorzulegen. Die Regierung kennt ihre Karpenheimer und läßt sich Zeit, sehr viel Zeit. Kommt aber endlich einmal ein sozialpolitisches Gesetz an den Reichstag, so zeigt es sich, daß die bürgerlichen Parteien zwar immer schöne Worte für die Arbeiter haben, daß sie zu Taten aber meist nicht zu haben sind. Die Beratungen über den dem Reichstage vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der §§ 74 bis 76 des Handelsgesetzbuchs liefern den besten Beweis dafür. Der Gesetzentwurf will eine Einengung bzw. Ausschaltung des Mißbrauchs der Konkurrenzklauel gegenüber den Handlungsgesellen. Die Handlungsgesellen aller Richtungen verlangen übereinstimmend das gesetzliche Verbot der Konkurrenzklauel. Dafür tritt jedoch nur die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages ein; alle bürgerlichen Parteien lehnen ein solches Verbot ab. Für eine ernsthafte durchgreifende Sozialpolitik sind eben die bürgerlichen Parteien nicht zu haben.

Die zur Durchführung der Volksversicherung von den der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften und dem Zentralverband Deutscher Konsumvereine errichtete „Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Aktiengesellschaft“ hat ihren Geschäftsbetrieb leider immer noch nicht beginnen können. Der mit der Ausarbeitung der Tarife und Versicherungsbedingungen beauftragte Mathematiker hat die Arbeit, nach wie vereinbart, Ende September erit Mitte Dezember v. J. abgeliefert. Infolgedessen konnten Geschäftsplan, Tarife und Versicherungsbedingungen erit am 18. Dezember dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung zur Prüfung eingereicht werden. Das Aufsichtsamt hat eine Reihe von Änderungen verlangt, die inzwischen vorgenommen sind. Ueber die Genehmigung des Geschäftsbetriebes entscheidet das Amt unter Mitwirkung des Versicherungsbeirats nach mündlicher Verhandlung.

Wie lange die Genehmigung noch auf sich warten lassen wird, läßt sich nicht bestimmt sagen. Wenn das Aufsichtsamt die Sache nicht ungebührlich verzögert, müßte es möglich sein, am 1. Juli d. J. mit dem Geschäftsbetrieb zu beginnen. Es gibt allerdings Leute, die behaupten, die Genehmigung des Geschäftsbetriebes der „Volksfürsorge“ würde so lange hinausgezögert werden, bis die „nationale“ Gegenpartei, die „Deutsche Volksversicherung-Aktiengesellschaft“, in Funktion getreten sei. Wir teilen diese Meinung nicht und sehen voraus, daß das Aufsichtsamt durchaus unparteiisch seines Amtes walten wird. (Die Genehmigung ist nun erteilt.)

Die Jugendbewegung hat in der Berichtszeit gute Fortschritte gemacht, obwohl sie von Staat, Gemeinde und Unternehmertum in der struppelloseiten Weise bekämpft worden ist. Veranordnungen wurden für politisch erklärt, bevor sie begonnen hatten. Sogar geistliche Veranstaltungen und Feste wurden im vorberem zu politischen Versammlungen getempelt. Oftmals wurden die Kräfte der Lokale von den Cherubinen des Klammernates geziert, um die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen am Besuche der Veranstaltung zu hindern. In einigen ortschaftlichen Orten verboten die Schulverwaltungen auf Grund der Schulordnung den Fortbildungsschülern die Teilnahme an Konfirmationsfeiern, die von den Jugendauschüssen geplant waren. Während solchermaßen verhindert wurde, die Jugendlichen von der Jugendbewegung der Arbeiterklasse mit der Weisheit fernzuhalten, bemühten sich die bürgerlichen Chancern, die jungen Arbeiter mit dem Zuckerbrote an sich zu locken. Und dieselben Behörden, die die Jugendbewegung der Arbeiterklasse brutal bekämpften, leisteten dem Jugendtag des Bürgertums jeden erdenklichen Liebesdienst. In diesem heißen, für die Arbeiterklasse spierreichen Kampfe um die arbeitende Jugend hat sich aber unsere Jugendbewegung glänzend bewiesen. Der Fortschritt läßt sich am besten an dem Abonnentenstande der „Arbeiter-Jugend“ ermesen. Er ist von 80 086 auf 90 000 gestiegen.

Ein besonderes Augenmerk hat die Zentralstelle der Ausbildung von Funktionären für die freie Jugendbewegung zugewendet. Sie gibt nach Bedarf ein gedrucktes Handbirehen heraus, das Anleitungen für die praktische Arbeit auf allen Gebieten enthält. Für die einzelnen Arbeitsweige, das Vortragswesen, Einrichtung von Jugendbibliotheken, künstlerische geistliche Veranstaltungen, Körperpflege usw. sind im Laufe der Jahre besondere Ratgeber gedruckt worden, die an Funktionäre unentgeltlich abgegeben werden. Da der schriftlichen Belehrung auf diesem Gebiete enge Grenzen gezogen sind, ist die Zentralstelle zur Einrichtung eines Ausbildungskurses für Jugendleiter geschritten. Der Kursus fand im Oktober in Berlin statt. 21 Funktionäre aus verschiedenen Bezirken Deutschlands wurden eine Woche lang über alle Fragen der Jugendbewegung theoretisch und praktisch unterwiesen. Dem einmütigen Wunsch der Teilnehmer

folgend, hat die Zentralstelle beschlossen, den Kursus zu einer ständigen Einrichtung zu machen.

Jugendauschüsse gibt es in 637 Orten (gegen 574 im Vorjahre). Die Zahl der Veranstaltungen, die sie zur Pflege des Körpers und des Geistes unterer Jugend getroffen haben, hat die des vorigen Jahres um ein bedeutendes überschritten. Im Sommer erfreuen sich naturgemäß die Wanderungen und Spiele im Freien eines stärkeren Interesses der Jugend als die reinen Bildungsveranstaltungen. Allgemein ist darum das Bestreben der Jugendauschüsse, die Wanderungen auch zu einem Mittel geistiger Erfrischung und Fortbildung zu machen.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Zu den gewerkschaftlichen Organisationen, welche in der organisierten Arbeiterschaft und darüber hinaus auch im bürgerlichen Publikum fast immer ein ungeteiltes Interesse finden, darf mit in erster Linie der Bergarbeiterverband gerechnet werden. Man sagt nicht zu viel, wenn man behauptet, daß in weiten Kreisen der wirtschaitlichen Bevölkerung dem Bergarbeiter und seinem Los eine große Sympathie entgegengebracht wird. Ohne jeden Zweifel wird dieses durch den gefährlichen Beruf und andererseits durch den ständigen Kampf, den das Bergwerksproletariat mit dem Grundkapital zu führen hat, hervorgerufen. Dabei fördert der Bergarbeiter ungezählte Schätze an des Tageslicht und findet so wenig Anerkennung für seinen Opereuen. So werden viele organisierte Arbeiter der in voriger Woche in Hannover abgehaltenen Generalversammlung der Bergarbeiter gefolgt sein und gespotten mit uns hier einen kleinen Rückblick. Aus dem Vorstandsbericht interessiert die ungeheure Fülle von Material, welches sich auf die wirtschaftliche Bedeutung des Bergbaues im In- und Ausland erreckt. Danach steht Deutschland in bezug auf die Produktionsziffern von gefördertem Kohle an dritter Stelle in der Welt. Das Geschäftsjahr 1911/12, in welches der unglücklich verlaufene Streik fiel, gehört geschichtlich zu den besten des Bergbaues. Um so mehr ist es zu bedauern, daß durch den Verrat der Christlichen ein Kampf von solchem Umfange verloren ging. Wir haben seinerzeit den Mitgliedern den Ausgang dieses Kampfes ausführlich geschildert und müssen wir es uns deshalb versagen, darauf noch näher einzugehen. Im Vorstandsbericht nimmt dieser Streik und seine Lehren allerdings einen breiten Raum ein, insbesondere schon deshalb, weil die Bünden dieses Kampfes noch nicht beendet sind. Vornehmlich tritt dieses bei der Mitgliederbewegung in Erscheinung, wo über eine außerordentliche Plutuation gelangt wird. 75 802 Eintritte stehen 85 177 Austritte gegenüber, so daß in der zweijährigen Berichtsperiode ein Verlust von 9375 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Durch den großen Kampf im Jahre 1912 ist die Ausgabe für Reichweitenkürzung auf 3 615 526 Mk. gestiegen, gegenüber 471 000 Mk. in der vorigen Berichtsperiode. Auch für alle übrigen Unterstühtungsarten wurde wesentlich mehr ausgegeben, so daß das Verbandsvermögen um 1 Million Mark zurück ging. Aus allen diesen Gründen liegen Anträge auf Erhöhung der Beiträge vor, da auch die Bergarbeiter eingesehen haben, daß zum Kriegsführen Geld gehört. Der von dem Vorstände dem Sachse erstattete mündliche Bericht weist noch auf die ungeheure Zunahme der Lieberichten hin, wo die Arbeiter zu einem großen Teile selbst die Hand dazu bieten. Weiter kritisiert er die Handhabung des Arbeitsnachweises der vereinigten Unternehmer. Schwarze Listen im Hand mit diesem Nachweis bilden eine schwere Geißel für des Fortkommen des Bergarbeiters. Der Vorstandsbericht enthält nur eine kurze Debatte, in der insbesondere das Einverständnis der Delegierten mit der Haltung des Vorstandes im vorjährigen Lohnkampf zum Ausdruck gebracht wurde. Der Redaktionsbericht erfordert eine längere Diskussion und trat allenthalten das Bestreben zutage, mehr für die Einigung des Bergarbeiters zu tun. Eine Reihe diesbezüglicher Anträge fanden Annahme. In einem besonderen Punkte der Tagesordnung wurde das Kapitel der Lohnbewegungen behandelt und führte zur Annahme einer Resolution, welche sich auch gegen das Verhalten der Christlichen wendet. Die Tagungen des Bergarbeiterverbandes haben aber ihre starken Seiten auf dem Gebiet der Wirtschaftlichen und Sozialpolitik. Auch diesmal wurde eine dem wichtigeren Reserve gehalten, deren Titel schon für sich sprechen. So sprach Waldhecker-Vochum über „Die Preissenkungslücke im Bergbau“ und forderte eine ungebundene Tätigkeit der Sicherheitsmänner im Bergbau. Wer erinnert sich nicht all dieser Unglückszeichen, in denen der Schmirer Tod so ungeheure Opfer gefordert hat. Für das Jahr 1912 sind allein 200 Todesfälle gemeldet worden, ohne all die jüdischen Einzelunfälle. In einer Resolution wird ein ausgedehnter gesetzlicher Bergarbeiterurlaub gefordert. So sprach über die Konzentration und die Verflechtung im Bergbau und wies die wahnsinnige Preispolitik der Kartelle zum Nutzen einer Handvoll Leute und zum Schaden der Gesamtbevölkerung nach. Aus der Grunderörterung haben wir noch die Erhöhung der Beiträge hervor. Es wurde eine 60-Pf.-Klasse beschloffen, die allerdings freiwillig gezahlt werden kann bei entsprechend höheren Unterstühtungen.

Der Verband der Fleischer tagte zur selben Zeit in Dresden. Wenn wir es auch hier mit einer kleinen Organisation zu tun haben, so darf doch nicht verkannt werden, daß dieser Verband in den letzten Jahren einer guten Fortschritt gemacht hat. Dieses ist um so mehr zu begrüßen, weil wir es hier mit einer rückständigen Arbeiterschaft und auch Unternehmertum zu tun haben. Der Stolz und Logikswang mit allen seinen üblichen Begleiterscheinungen laßt schwer auf dieser Arbeiterkategorie und führt nur ein schmerzliches Vordringen der Organisationshilfskräfte. Aus dem Geschäftsbericht haben wir hervorzuziehen, daß die Mitgliederzahl in den letzten drei Jahren von 425 auf 6502 gestiegen ist, also eine komplette Verdoppelung. Dieser Aufstieg erzeugte eine erhöhte Tätigkeit auf dem Gebiet der Lohnbewegungen. Die ersten Erfolge hauptsächlich die Verdrängung der Arbeitszeit, stellen für die Organisation einen hohen Grad der Leistungsfähigkeit dar. Es wurden in dieser Geschäftsperiode für nicht wenige

Vertrieb verlassen und sehen wo er bleibt und ein anderer...

Auf der Tagung sprach auch Herr Dr. Veltajohn...

Über die Notlage der Brauerei in der Tariffrage...

Über die Notlage der Brauerei in der Tariffrage...

Aus der Mühlenindustrie.

Die Großmühle von Julius Gottschall in Krefeld...

Aus dem Beruf.

Schadenshaftung des Fuhrherrn und des Kutschers...

Am 28. November 1909 hielten der Kutscher A. und sein...

Landgericht Duisburg und Oberlandesgericht Düsseldorf...

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Streikpflicht in Deutschland. In weid furchtbarer...

von Mitgliedern, also von 1380 Angeklagten. In 1206...

Selbststrafen wurden verhängt über Männer 10 601 Mk.,...

Christliches und Gelbes.

Unternehmergelber an „christliche“ Gewerkschaften.

„Wenn alle Arbeitgeber dem Kruppischen Beispiel...

Bei dem trügerischen Kontakt der Gelben mit den...

Aus der Unternehmerorganisation.

Seine Konventionalstrafe wegen unterlassener...

Das Amtsgericht zu Jülich verurteilte den...

Nach diesem Urteil, das inzwischen rechtskräftig...

Das Urteil entspricht auch den vor kurzem im Reichstag...

Volkswirtschaftliches, Soziales.

Ein Bischof über die Gewerkschaftsbewegung und den...

Wie mag der Bischof wohl über die „Christenpflichten“...

Ein neuer Bischof. In demselben Sonntag sprach...

Arbeiterversicherung.

Ueber die Herabsetzung der Altersgrenze für die...

Der Reichstag herrschte denn auch diese Berechnungen...

Gewerbliches.

Ein Beschluß des Bundesrats kann nicht durch...

Kläger M. war im August 1908 gegen einen...

am 12. bis 2 Uhr nachmittags tagungsfähig, und es hat sich zum Tage der Sitzung während dieser Zeit ebenfalls gehalten. Derzeit hat daher bis zum Ende der Sitzungsfähigkeit noch keine Sitzung stattgefunden. Die Verhandlung der Angelegenheiten der Reichsminister, die am 12. bis 2 Uhr nachmittags tagungsfähig, und es hat sich zum Tage der Sitzung während dieser Zeit ebenfalls gehalten. Die Verhandlung der Angelegenheiten der Reichsminister, die am 12. bis 2 Uhr nachmittags tagungsfähig, und es hat sich zum Tage der Sitzung während dieser Zeit ebenfalls gehalten.

Das von dem Kaiser ernannte Reichsgericht hat das Oberlandesgericht Colmar das erstinstanzliche Urteil auf und verwurteilte die Beklagte nach dem Klageantrag. Das von dem Kaiser ernannte Reichsgericht hat das Oberlandesgericht Colmar das erstinstanzliche Urteil auf und verwurteilte die Beklagte nach dem Klageantrag.

Das von dem Kaiser ernannte Reichsgericht hat das Oberlandesgericht Colmar das erstinstanzliche Urteil auf und verwurteilte die Beklagte nach dem Klageantrag. Das von dem Kaiser ernannte Reichsgericht hat das Oberlandesgericht Colmar das erstinstanzliche Urteil auf und verwurteilte die Beklagte nach dem Klageantrag.

Das von dem Kaiser ernannte Reichsgericht hat das Oberlandesgericht Colmar das erstinstanzliche Urteil auf und verwurteilte die Beklagte nach dem Klageantrag. Das von dem Kaiser ernannte Reichsgericht hat das Oberlandesgericht Colmar das erstinstanzliche Urteil auf und verwurteilte die Beklagte nach dem Klageantrag.

Das von dem Kaiser ernannte Reichsgericht hat das Oberlandesgericht Colmar das erstinstanzliche Urteil auf und verwurteilte die Beklagte nach dem Klageantrag. Das von dem Kaiser ernannte Reichsgericht hat das Oberlandesgericht Colmar das erstinstanzliche Urteil auf und verwurteilte die Beklagte nach dem Klageantrag.

Als von besonderem Interesse erscheint auch eine von dem American Museum of Science in New York zur Verfügung gestellte Sammlung von Käsekäsearten aus verschiedenen Gegenden der Welt, die in der letzten Jahreshälfte in den Handel gekommen sind. Als von besonderem Interesse erscheint auch eine von dem American Museum of Science in New York zur Verfügung gestellte Sammlung von Käsekäsearten aus verschiedenen Gegenden der Welt, die in der letzten Jahreshälfte in den Handel gekommen sind.

Als von besonderem Interesse erscheint auch eine von dem American Museum of Science in New York zur Verfügung gestellte Sammlung von Käsekäsearten aus verschiedenen Gegenden der Welt, die in der letzten Jahreshälfte in den Handel gekommen sind. Als von besonderem Interesse erscheint auch eine von dem American Museum of Science in New York zur Verfügung gestellte Sammlung von Käsekäsearten aus verschiedenen Gegenden der Welt, die in der letzten Jahreshälfte in den Handel gekommen sind.

Als von besonderem Interesse erscheint auch eine von dem American Museum of Science in New York zur Verfügung gestellte Sammlung von Käsekäsearten aus verschiedenen Gegenden der Welt, die in der letzten Jahreshälfte in den Handel gekommen sind. Als von besonderem Interesse erscheint auch eine von dem American Museum of Science in New York zur Verfügung gestellte Sammlung von Käsekäsearten aus verschiedenen Gegenden der Welt, die in der letzten Jahreshälfte in den Handel gekommen sind.

Verbandsnachrichten.

Verbandsversammlung, Reduktion und Expedition der „Verbandszeitung“.
Bismarckstr. 61, Jena, am 17. Mai 1913.

Die Reduktion der 20. Jahrgangszahl.

Die Reduktion der 20. Jahrgangszahl ist für den 1. Juni 1913 angesetzt. Die Reduktion der 20. Jahrgangszahl ist für den 1. Juni 1913 angesetzt. Die Reduktion der 20. Jahrgangszahl ist für den 1. Juni 1913 angesetzt.

Die Reduktion der 20. Jahrgangszahl ist für den 1. Juni 1913 angesetzt. Die Reduktion der 20. Jahrgangszahl ist für den 1. Juni 1913 angesetzt. Die Reduktion der 20. Jahrgangszahl ist für den 1. Juni 1913 angesetzt.

Die Reduktion der 20. Jahrgangszahl ist für den 1. Juni 1913 angesetzt. Die Reduktion der 20. Jahrgangszahl ist für den 1. Juni 1913 angesetzt. Die Reduktion der 20. Jahrgangszahl ist für den 1. Juni 1913 angesetzt.

400 Mark a 30 St., Bismarckstr. 61, Jena, am 17. Mai 1913. 400 Mark a 30 St., Bismarckstr. 61, Jena, am 17. Mai 1913. 400 Mark a 30 St., Bismarckstr. 61, Jena, am 17. Mai 1913.

Verbandsversammlungsanzeigen.

Verbandsversammlung am 17. Mai. Verbandsversammlung am 17. Mai. Verbandsversammlung am 17. Mai. Verbandsversammlung am 17. Mai. Verbandsversammlung am 17. Mai.

Redaktionsnotiz Montags früh 8 Uhr.

Die Redaktionsnotiz Montags früh 8 Uhr. Die Redaktionsnotiz Montags früh 8 Uhr. Die Redaktionsnotiz Montags früh 8 Uhr.

Die Redaktionsnotiz Montags früh 8 Uhr. Die Redaktionsnotiz Montags früh 8 Uhr. Die Redaktionsnotiz Montags früh 8 Uhr.

Redaktioneller Anzeiger.

Redaktioneller Anzeiger. Redaktioneller Anzeiger. Redaktioneller Anzeiger. Redaktioneller Anzeiger. Redaktioneller Anzeiger.

Stoffe direktanPrivate.

Stoffe direktanPrivate. Stoffe direktanPrivate. Stoffe direktanPrivate. Stoffe direktanPrivate. Stoffe direktanPrivate.

Verbandsmitglieder.

Verbandsmitglieder. Verbandsmitglieder. Verbandsmitglieder. Verbandsmitglieder. Verbandsmitglieder.

Garantie Modell 1912-13.
Für Brauer des Vaterland. Garantie Modell 1912-13. Für Brauer des Vaterland. Garantie Modell 1912-13.

